

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.09.2023

Inhalt

EWN

1 Warnstreiks an Ex-Kernkraftwerken in Lubmin und Rheinsberg am Donnerstag <i>Ostsee-Zeitung.de, 20.09.2023</i>	3
2 Warnstreiks an Ex-Kernkraftwerks-Standorten: Brandenburg, MV <i>FAZ.NET, 20.09.2023</i>	5
3 LNG-Streit: Gericht lehnt Baustopp ab <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 21.09.2023</i>	6
4 Straßen gesperrt wegen Anti-LNG-Demonstration <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 21.09.2023</i>	7
5 Forscher haben viele Fragen rund um „Gamechanger“ Klein-AKW <i>energynewsmagazine.at, 20.09.2023</i>	8

BRANDENBURG UND MV

Warnstreiks an Ex-Kernkraftwerken in Lubmin und Rheinsberg am Donnerstag

Lubmin

Streik in Lubmin (MV) und Rheinsberg (Brandenburg): Die Mitarbeiter an den ehemaligen Kernkraftwerks-Standorten der DDR sind am Donnerstag zu Warnstreiks aufgerufen worden. Am Vormittag sollen sie ihre Arbeit niederlegen. Gefordert wird 12 Prozent mehr Geld.

Mitarbeiter an den ehemaligen Kernkraftwerks-Standorten der DDR sind am Donnerstag zu Warnstreiks aufgerufen. Damit will die Industriegewerkschaft Bergbau Chemie, Energie (IGBCE) den Druck auf den Arbeitgeberverband AVEU in der Tarifrunde für die Energie- und Versorgungswirtschaft erhöhen. Zu Arbeitsniederlegungen sind die Beschäftigten der **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)** im vorpommerschen Lubmin und im brandenburgischen Rheinsberg aufgerufen.

Rückbau der Kernkraftwerke in Lubmin und Rheinsberg

Die **EWN** kümmert sich um den Rückbau der ehemaligen Kernkraftwerke in Lubmin und Rheinsberg. Der Warnstreik soll von 6 Uhr bis 12 Uhr dauern. Versamm-

lungen sind vor den jeweiligen Haupttoren geplant.

Die IGBCE fordert zwölf Prozent mehr Geld für die Beschäftigten, mindestens jedoch 500 Euro mehr und das bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Zudem sollen Auszubildende und dual Studierende mindestens 300 Euro mehr erhalten und Gewerkschaftsmitglieder einen Bonus kriegen. Das Angebot der Arbeitgeber liegt laut Gewerkschaft deutlich darunter.

Laut Gewerkschaft sind rund 130 Unternehmen von den Tarifverhandlungen betroffen, die zusammen mit Verdi geführt werden. Für die kommende Woche seien weitere Warnstreiks in Planung. Die nächste Verhandlungsrunde soll am kommenden Mittwoch stattfinden.



Bildunterschrift: Warnstreiks an Ex-Kernkraftwerks-Standorten in Brandenburg und MV. (Symbolbild: Blick auf das Gelände des stillgelegten KKW Kernkraftwerk Lubmin)

 FAZ.NET | 20.09.2023 WEBLINK

Warnstreiks an Ex-Kernkraftwerks-Standorten: Brandenburg, MV

Mitarbeiter an den ehemaligen Kernkraftwerks-Standorten der DDR sind am Donnerstag zu Warnstreiks aufgerufen.

Damit will die Industriegewerkschaft Bergbau Chemie, Energie (IGBCE) den Druck auf den Arbeitgeberverband AVEU in der Tarifrunde für die Energie- und Versorgungswirtschaft erhöhen. Zu Arbeitsniederlegungen sind die Beschäftigten der **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH (**EWN**) im vorpommerschen Lubmin und im brandenburgischen Rheinsberg aufgerufen.

Die **EWN** kümmert sich um den Rückbau der ehemaligen Kernkraftwerke in Lubmin und Rheinsberg. Der Warnstreik soll von 6.00 Uhr bis 12.00 Uhr dauern. Versammlungen sind vor den jeweiligen Haupttoren geplant.

Die IGBCE fordert zwölf Prozent mehr Geld für die Beschäftigten, mindestens jedoch 500 Euro mehr und das bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Zudem sollen Auszubildende und dual Studierende mindestens 300 Euro mehr erhalten und Gewerkschaftsmitglieder einen Bonus kriegen. Das Angebot der Arbeitgeber liegt laut Gewerkschaft deutlich darunter.

Laut Gewerkschaft sind rund 130 Unternehmen von den Tarifverhandlungen betroffen, die zusammen mit Verdi geführt werden. Für die kommende Woche seien weitere Warnstreiks in Planung. Die nächste Verhandlungsrunde soll am kommenden Mittwoch stattfinden.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 21.09.2023 | S. 1

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 Christopher Hirsch

LNG-Streit: Gericht lehnt Baustopp ab

Auch der Naturschutzbund (Nabu) hat im Streit um das Rügener Terminal für Flüssigerdgas (LNG) sein Ziel eines Baustopps vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verfehlt. Das Gericht bestätigte am Mittwoch eine entsprechende Entscheidung. Vergangene Woche hatte es schon einen entsprechenden Antrag auf Rechtsschutz der Deutschen Umwelthilfe (DUH) abgelehnt. Die Begründung der jüngsten Entscheidung ent-

spricht laut Gericht in wesentlichen Teilen der Begründung der Entscheidung zum DUH-Antrag. Das Gericht hatte darin nach summarischer Prüfung mitgeteilt, die beklagte Genehmigung gehe mit Blick auf die kommenden Heizperioden zu Recht davon aus, dass die Gasversorgungskrise anhält. Das Gericht berief sich auch auf die Einschätzung der Bundesnetzagentur.

UMWELT

Straßen gesperrt wegen Anti-LNG-Demonstration

„Ende Gelände“ veranstaltet Protestcamp auf dem Lebensgut Frankenthal. Demo führt von Sassnitz nach Lietzow.

Das Klimaaktivismus-Bündnis „Ende Gelände“ organisiert in den kommenden Tagen einen Protest gegen das von der Bundesregierung geplante LNG-Terminal im Hafen Mukran. Neben einem Aktionscamp am Zeltplatz Biohof am Cliff Mukran gibt es auf dem Lebensgut Frankenthal ein Vernetzungscamp mit einem umfangreichen Programm (www.klimacamp-auf-ruegen.de). Neben zahlreichen Veranstaltungen und Informationsrunden zum Thema Flüssigerdgas und Kolonialisierung steht auch eine Demonstration an.

Am Samstag um 11 Uhr soll es vom Bahnhof Sassnitz losgehen. Die Versammlungsanmelder rechnen mit rund 300 Teilnehmern, das sei eine Einschätzung, die auch die Polizei teile. „Die Route verläuft von Sassnitz nach Neu-Mukran (PP Hülsenkrug) und endet in Lietzow“, so der Sprecher. „Für diese etwa 14 km lange Strecke wurde in der Anmeldung der Zeitraum von 11 bis 16 Uhr benannt. In diesem Zeitraum wird es zu Verkehrsbeeinträchtigungen und temporären Spernungen im betreffenden Bereich kommen.“

Neben den Aktivisten von Ende Gelände und ihren

Anhängern sind auch lokale Initiativen am Start. „Wir freuen uns, dass lokale Initiativen und Klimabewegte hier ihre Kräfte gegen diese zerstörerischen LNG-Terminals vereinen“, so Stefanie Dobelstein von der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen. „Die Gasterminals bedrohen die Existenzgrundlagen auf Rügen: Umwelt und Arbeitsplätze. (...) Durch die starke Industrialisierung der Ostsee ist sie als gesamtes Ökosystem bereits stark gefährdet. Jedes weitere fossile Projekt bedroht nicht nur unsere sensiblen Ökosysteme, sondern auch unser Klima.“

Die Gruppe „Ende Gelände“ wurde vom Verfassungsschutz Berlin als linksextrem eingestuft und richtet sich in ihren Aktionen explizit gegen das bestehende Wirtschaftssystem, gegen die Nutzung von fossilen Brennstoffe und Neokolonialismus. Allerdings wird zum Beispiel auch die Institution Polizei abgelehnt. Bekannt wurde „Ende Gelände“ unter anderem durch Protestaktionen, wie zum Beispiel der Baustellenblockade der geplanten Pipeline bei Brunsbüttel oder dem Protest gegen die Räumung des Dorfes Lützerath für den Braunkohle-Abbau.

Forscher haben viele Fragen rund um „Gamechanger“ Klein-AKW

Nachdem vor allem der Fukushima-Unfall 2011 die Atomenergie erneut unter Druck gebracht hat, sehen angesichts des virulenter werdenden Klimawandels manche Akteure diese nun wieder vor einem Comeback. Eine wichtige Rolle sollen „Small Modular Reactors“ (SMRs) spielen. Sie werden aber eher nicht zum „Gamechanger“, meinte Risikoforscher Nikolaus Müllner im Vorfeld des „14. Wiener Nuklearsymposiums“ (22.9.) im Gespräch mit der APA. Zu der neuen Technologie gibt es einige Fragen.

In SMRs sehen manche die Zukunft der Atomwirtschaft. Eine exakte Definition dafür gibt es bisher nicht, gemeint sind meistens neue AKW-Konzepte mit Leistungen von weniger als 300 bis 400 Megawatt elektrisch (MWe). Das ist jedoch vergleichsweise gar nicht so wenig: So kommt etwa der Reaktor 3 im tschechischen AKW Dukovany auf rund 500 MWe.

Im Rahmen des alljährlichen Wiener Nuklearsymposiums war die Idee der Klimarettung durch eine Forcierung der Atomkraft immer wieder Thema, erklärte Müllner. In der Vergangenheit analysierten die Wissenschaftler aber vor allem den Einfluss von großen Anlagen um die 1.000 MWe – „also die Generation-3+-Anlagen, die momentan gebaut werden. Hier ist unsere Einschätzung, dass diese und bestehende Anlagen einen Beitrag leisten, dieser allerdings relativ limitiert ist“, so der Forscher vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften der Universität für Bodenkultur (Boku) Wien. Das liegt auch daran, dass es sehr lange dauert, bis neue AKWs genehmigt, gebaut und ans Netz gehen können.

Seit einiger Zeit treiben daher mehrere Akteure die SMRs voran. Durch ihren Aufbau mit vorgefertigten Modulen versprechen sich Proponenten schnellere Errichtungs- und Genehmigungszeiten. Zwischen der Vorstellungen der Entwicklerunternehmen, zu denen auch manche Start-ups mit wenig Erfahrung in dem Feld zählen, und den Aufsichtsbehörden gebe es aber durchaus „Widersprüche“, so der Forscher, der auf dem Symposium u.a. zum Thema „Kernkraft und Kli-

ma“ sprechen wird. Ob die SMRs zu „Gamechangern“ für die Atomwirtschaft werden können, wird derzeit in der Wissenschaft intensiv diskutiert.

Anzahl ernst zu nehmender Konzepte schwindet

Einerseits würden hier neue Firmen mit Konzepten in die Öffentlichkeit drängen, die gewissermaßen an Kinderkrankheiten und Fehlern in den Plänen leiden. So gab es auch schon gestoppte Genehmigungsverfahren zu SMR-Designs. Damit schrumpfte die Anzahl der ernst zu nehmenden Konzepte bereits. Bei Projekten von etablierten Firmen aus den USA oder Frankreich sei offen, ob Bewilligung und Errichtung tatsächlich schneller gehen werden. Immerhin handelt es sich noch um „ganz neue Designs“. Hier könne durchaus auch „Druck“ auf die Genehmigungsbehörden ausgeübt oder sinnvolle Vorgaben vor dem Hintergrund des drängenden Klimawandels und der schwieriger werdenden Energiesituation ein Stück weit verwässert werden, befürchten Forscher vor allem außerhalb Europas und den USA. „Es ist also noch nicht ganz abzusehen, ob sich die Versprechen rund um SMRs bewahrheiten werden – momentan schaut es aber eher nicht so aus“, betonte Müllner.

Durch die Small Modular Reactors könne jedoch durchaus neue Dynamik in Kernkraft-Diskussionen kommen, wenn es darum geht, wie viel Risiko man beim notwendigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern nehmen will. Eine neue Debatte könnten die SMRs auch nach Österreich tragen. Denn hierzulande wird sich die Suche nach Alternativen ebenso intensivieren: „Österreich hat aber weiter sehr wenige Kernkraft-Befürworter. Daher wird es eher ein Randthema bleiben“, glaubt Müllner. Noch dazu wäre man ein „komplettes nukleares Newcomer-Land“ ohne entsprechenden Rechtsrahmen und Erfahrung. Selbst wenn SMRs nachgewiesen gut funktionieren – was offen ist – würde so eine Anlage eher 30-40 Jahre brauchen, um hierzulande ans Netz zu gehen, und wäre daher „keine Lösung“.

Beim Blick auf den Klimawandel gibt es aber auch abseits von SMRs einiges zu bedenken. Im vergangenen Jahr haben etwa niedrige Flusspegelstände und hohe Wassertemperaturen die Kühlung einiger Kraftwerke in Frankreich erschwert und deren Abschaltung erzwungen. Grundsätzlich sind die Anlagen auf Extremereignisse ausgelegt, wie sie etwa rein statistisch alle 100, 1.000 oder 10.000 Jahre auftreten. Diese Statistiken stimmen aber nun vielfach nicht mehr, wenn etwa extreme Starkregenereignisse, Stürme oder Dürren deutlich häufiger bzw. noch stärker werden. Hier würden nun vielerorts neue Überlegungen angestellt, AKWs möglichst nachgerüstet und Stresstests überar-

beitet, erklärte Müllner.

Nicht zuletzt haben auch die wiederkehrenden Kämpfe rund um ukrainische AKWs gezeigt, dass dieser Aspekt der Sicherheit bisher „tatsächlich ein blinder Fleck“ gewesen ist. Konkrete Pläne, kriegerische Handlungen im Design neuer und bei der Überarbeitung bestehender Anlagen zu berücksichtigen, gibt es allerdings noch nicht: „Das ist eine Diskussion, die eigentlich noch geführt werden muss.“

Service: 14. Wiener Nuklearsymposium: www.nuklearsymposium.at